

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 95, 27. November 1850

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Die Einkommensteuer.

Der Entwurf eines Einkommensteuer-Gesetzes, den die Staatsregierung zur Oeffentlichkeit gebracht hat, um möglichst viele sachkundige Urtheile darüber zu vernehmen, ist nur hin und wieder sehr dürftig und gelegentlich besprochen; Herr Dr. Janßen hat einige Paragraphen desselben genauer geprüft und seine Untersuchungen in einer kleinen Schrift unter dem Titel: „Natur und Wirkungen der seit langen Jahren unverändert gebliebenen Grundsteuer im Herzogthum Oldenburg. Eine nationalökonomische Untersuchung über §. 11., 2. des Entwurfs eines Einkommensteuer-Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg. Oldenburg, Schulzische Buchhandlung“ mitgetheilt. Wir theilen Einiges aus derselben mit. In der Vorrede heißt es:

„Während alle übrigen unserer Gesegentwürfe, und deren Zahl ist nicht gering, leider wie Waisenkinder in der Welt umherlaufen, nur kennlich an der Bezeichnung „amtlicher Abdruck“, wie man die Waisen an der Farbe des Tragens erkennt, hat das Staatsministerium diesen Entwurf ausdrücklich als sein Kind proclamirt, und fordert zur Begutachtung desselben auf. Denn in der Aufforderung liegt zugleich ausgesprochen, daß sie abweichenden Ansichten ihre Aufmerksamkeit nicht versagen wolle. Ein Austausch der Ansichten über die Grundprincipien des Entwurfs (nur mit einem von diesen, nicht mit der redigirten Form, wollen wir uns befassen) ist aber vor dessen Sanctionirung dringend nothwendig, da er, wie kein anderer, in die Vermögensverhältnisse einer bedeutenden Classe von Staatsbürgern einschneidet.

Welche Natur hat eine, lange Zeit hindurch

unverändert gebliebene Grundsteuer angenommen? — Das ist die bedeutende Frage, welche nunmehr als Streitgegenstand in den Bereich der einheimischen Berathung geworfen ist. Weil mit der Beantwortung dieser Frage der Einkommensteuerentwurf wahrscheinlich stehen oder fallen wird, so gilt es jetzt, auch bei uns diesen Streit der Theorie zur praktischen Entscheidung zu bringen, ein Streit, dessen Beginn mehr oder weniger seit längerer Zeit vorausgesehen werden konnte, der in allen Ländern, wo Grundsteuern bestehen, früher oder später zum Ausbruch kommen muß, und der einen um so heftigeren Kampf hervorrufen wird, als nach unserer bisherigen Steuerfassung die Grundbesitzer den nicht Grundbesitzern in einer geschlossenen Reihe gegenüber treten werden. Es ist wahrscheinlich, daß gegen diesen Kampf manche der bisherigen Kämpfe im Landtage zurückstehen, sowohl der Bedeutung als der Intensität nach, denn wir mögen über die politische Bildung und Reife unseres Volkes urtheilen, wie wir wollen — es bleibt unbestreitbar, daß der Geldpunkt für wenigstens $\frac{1}{10}$ unserer Staatsangehörigen den eigentlichen nervus rerum gerendarum ausmacht, und selbst diejenigen in Bewegung setzt, welche mit braminihafter Beschaulichkeit bisher den Brandungen der hochgehenden Zeit zuschauten, namentlich seitdem die früher üblichen ehrliehen hirschledernen Beutel den jetzigen langen dünnen Strängen gewichen sind, gewebt aus Mimosenblättern, welche sich bekanntlich bei jeder leisen Berührung zusammenkrümmen.

Die erwähnte Frage bedarf also der gründlichsten Prüfung. Wenn wir uns ihrer Beantwortung in einer vom Entwurf abweichenden Ansicht unterziehen, so geschieht dies keinesweges in der Meinung, als

ob wir uns besonders befähigt dafür erachteten, oder glaubten, den Stein der Weisen gefunden zu haben; allein die besser Befähigten verharren im Schweigen. Noch weniger hatten wir die Absicht, den Grundbesitzern mit unserer Arbeit einen Gefallen zu erzeigen, obwohl das Resultat derselben ihnen conveniren wird. Wir schrieben, wie es uns die Wissenschaft gebot, und hätten mit ganz derselben Ruhe die gegentheilige Ansicht verfochten, wenn Studium und eine bewährte Theorie uns dazu aufgefordert hätten. Auch maßen wir uns nimmer an, die große Streitfrage erledigen zu wollen.“

Die Resultate seiner Untersuchungen faßt der Verfasser am Schlusse so zusammen:

1. Es geschieht den Grundbesitzern ein Unrecht, wenn die bereits besteuerte Bodenrente der Einkommensteuer unterworfen wird, bevor nicht entweder die Grundsteuer aufgehoben, oder die beiden andern Güterquellen, Kapital und Arbeit, nachbargleich besteuert sind. Die Bestimmung im §. 11 sub 2 des Einkommensteuergesetzes dürfte demnach zu streichen sein.

2. Wenn die von der Staatsregierung proklamirte Ansicht über die Natur unserer langjährig unverändert gebliebenen Grundsteuer vom Landtage adoptirt werden sollte, so ist es eine dringende Forderung der Consequenz und der Gerechtigkeit, daß nicht nur die projektirte Grundsteuerregulirung unterbleibe, und die bisher freien Grundstücke von Privatpersonen oder Korporationen der ihnen aufgelegten Grundsteuer wieder entledigt werden, sondern auch, daß das Entschädigungsgesetz wegen der aufgehobenen Grundlasten einer Revision unterzogen werde, da diese Lasten so gut wie die Grundsteuer im Kaufpreise geküzt sind, die jetzigen Grundbesitzer keinen Druck davon verspürten, also gar kein Grund vorhanden war, die Berechtigten mit dem kümmerlichen 16fachen Betrage abzuweisen.

3. Wenn die Bodenrente nicht der Einkommensteuer unterliegen darf, so trifft letztere nur das Einkommen aus der Arbeit und den Kapitalien (mit Ausnahme der Gebäude) sie ist dann also nichts als eine combinirte Kapital- und Arbeitssteuer i. w. S. und es ist zweckmäßiger sie mit diesen beiden Steuerarten zu vertauschen.

Wer Steuern nach dem Einkommen vertheilt, der unternimmt, zu bestimmen, welcher Theil des Einkommens eines Jeden nützlicher durch öffentliche Behörden, als durch ihn selbst verwendet werde. Bei den Lebensverhältnissen, welche sich unter gestütteten Völkern in der Reihe von Jahrhunderten ausgebildet haben, beruhen alle Versuche zur Begründung

eines solchen Urtheils auf einer wohlgemeinten Selbsttäuschung. Der Gedanke alles mit einer einzigen Steuer zu umfassen, legt sich allerdings einschmeichelnd in die Seele, und wäre vortrefflich, wenn nur nicht die gerechte Ausführung derselben als lahmer Krüppel nachhinkte. Die Einkommensteuer führt zu solchen schreienden Mißverhältnissen, wie sie keine andere Steuerart mit sich führt. Abgesehen davon, daß es einigen Besteuerten gelingen wird, sie überzuwältigen, anderen nicht, nimmt sie gar keine Rücksicht auf die einmal nach den verschiedenen Lebensstellungen und nach der allgemeinen Ansicht, noch wendigen Ausgaben des Steuerpflichtigen, sondern hält sich lediglich an die eingenommene Summe. Ist es z. B. gerecht, wenn ein unverheiratheter Auditor von 300 \mathcal{F} Gehalt nicht mehr bezahlt, als ein Subalternbeamter von zahlreicher Familie mit gleichen Bezügen? oder als ein Handwerker von ähnlichem Einkommen, dessen Substanzquelle in Krankheitsfällen versiegt, während die des Staatsdieners fortrinnt? Der für die Lage des Alters übersparen muß, während der Staatsdiener seiner Pension ruhig entgegenfieht? Ist es gerecht, daß nicht Rücksicht darauf genommen wird, ob Jemand in einer theuren oder in einer wohlfeilen Gegend lebt, ob er z. B. 60 \mathcal{F} für Miete ausgeben muß oder 120 \mathcal{F} , ferner 30 \mathcal{F} für Heizung oder 90 \mathcal{F} u. s. w.

Nicht das Einkommen darf entscheidend sein, sondern der Umstand, wie viel Jemand nach seiner ganzen Lebensstellung über haben kann, wie viel er also nicht nothwendig ge- und verbraucht, wenn er sich einschränkt, so viel als sich nur irgend mit seiner bürgerlichen Lage vereinigen läßt. Ferner läßt sich das reine Einkommen vieler Personen gar nicht genau ermitteln, insbesondere wegen ihrer Naturalbezüge z. B. bei den Landleuten, die einen großen Theil ihrer Nahrung und Kleidung, manchmal auch der Heizung selbst produciren.

Das Mitgetheilte wird hinreichen, um die Aufmerksamkeit des Publikums auf diese Broschüre zu lenken.

„Die Ausreißer.“

diese unaufhörliche blasse Renommage mit des nicht ausgerissenen Mölling's Reise nach Stuttgart!

Um sie endlich einmal zu dämpfen, richteten wir an die Fr. Blätter und den Beobachter die Bitte, uns

die Gefahr der Reise begreiflich zu machen. Und siehe da, unter dem 18. Novbr. berichten die Fr. Blätter — erschrick nur nicht, lieber Leser; wir standen die Haare zu Berge ob Herrn Mölling's großer Gefahr, und ich muß Dich vorbereiten.

Zuerst also kommt eine Einleitung, und darin die Klage, daß der „Sogenannte“ doch mehr fragen könne, als zehn vernünftige Leute zu beantworten wüßten. Seine Frage muß also nur fatal, nicht dumm, oder zu dumm gewesen sein; denn in diesem Falle würden die Fr. Bl., einer früheren Erklärung gemäß, nicht geantwortet haben. Und dann folgt die ungeheure Gefahr — die Gefahr, „mißlieb“ zu werden!

Ist Dir nicht zu Muth, lieber Leser, als wärst Du „von's Gerüste“ gefallen? Mißlieb? Bei wem denn? bei den Demokraten doch nicht? Mißliebigkeit bei der Regierung — das rechnen die Fr. Bl. für Gefahr eines Demokraten? Davor sollte, dürste und könnte ein Demokrat sich fürchten? Geh! mir und schämt Euch!

Aber Herr Mölling ist doch nach Stuttgart gegangen und also mißlieb geworden, oder vielmehr mißliebiger. Und was ist die Folge davon gewesen? Verfolgung? Zurückhaltung vom Avancement? Absetzung? Nichts davon; und das wußte M. von Oldenburg so gut zum Voraus, wie wir.

Indeß war die Gefahr damit noch nicht zu Ende. „Eine Folge der Mißliebigkeit“ mußten die Anfälle „des Geschmeißes von Speichelleckern und Augendienern, wie Fig. zeigt, werden.“ Wir fragen wieder: In Anfällen eines Geschmeißes sehen die Fr. Blätter Gefahr für einen Demokraten? Und wir wiederholen: Geh! und schämt Euch!

Also nicht einmal die Ausdeckung der Gefährlosigkeit einer als Heldenthat gepriesenen Reise eines Demokraten kann in den Augen der Fr. Bl. aus einem andern Grunde als aus der Geschmeiß-Natur, aus Speichelleckerei und Augendienerei hervorgegangen sein; wenn sie sagen, einer der Ihrigen sei in Gefahr gewesen, so muß sich Jeder einen Dunst vormachen lassen.

„Aber,“ fahren die Fr. Bl. fort, „wenn keine Gefahr dabei war, so mußten die „Ausreißer“ um so eher mitgehen, wenn sie nicht feige Kerls sein wollten.“

Aber zu welchem Zweck? Um die beschlußfähige Anzahl immer weiter herunter zu setzen und einen Reichsregenten zu wählen? um sich zu spreizen? Das ist nicht Jedermanns Sache.

Uebrigens danken wir den Fr. Bl. für die gefällige Antwort; wir wissen doch nun, worin die Gefahr bestanden haben soll; und die Demokraten, welche sich

auf Treu und Glauben hin die Gefahr wahrscheinlich größer vorgestellt haben, den „Sogenannten“ nicht oder „kaum“ lesen, sondern ihm nur antworten, und nun durch unsre Veranlassung in ihrem Blatte hinter die Wahrheit kommen, mögen sich wieder bei uns bedanken. Der Verfasser der Anfrage.

Oldenburgs politische Lage.

Die politischen Verhältnisse Deutschlands sind verwirrt und verwickelter als je und es scheint, als ob Verwirrung ohne Ende der normale Zustand Deutschlands für alle Zeiten gewesen ist und für alle Zeiten bleiben soll. In solchen Lagen sind die kleinen Staaten schlimm daran. Unfähig, auf ihre eigene Macht sich zu stützen, müssen sie sich nothgedrungen einer der streitenden Parteien in die Arme werfen; welcher? das hängt meist nicht von ihrem eigenen freien Entschlusse ab, sondern von äußeren gebieterischen Umständen. Namentlich sind die kleineren Staaten, die in der Mitte Deutschlands liegen, in einer bösen Lage. Sollte ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich entbrennen, so sind sie die ersten, welche die Schwere desselben empfinden werden und die Lasten tragen müssen. Ihre Selbständigkeit ist keine Bohne werth. Besser sieht es noch mit den Staaten aus, die in einer abgelegenen Ecke liegen, wie Oldenburg. Der Schrecken des Krieges wird sich nicht so leicht den Grenzen unseres Landes nähern, noch die Grenzen überschreiten; wir haben nicht so leicht zu befürchten, daß die räuberischen Hände der Panduren und Kroaten kühne Griffe in die Läden unserer Kaufleute und in die Hühnerställe unserer Bauern machen werden; allein wer kann die Zufälle des Krieges im Voraus berechnen? Vor einem Botum des Landtags, und wäre es auch in den hochtrabendsten Worten abgefaßt, werden die Kroaten ebensowenig zurückweichen, als überhaupt die Oesterreicher je etwas anderes anerkennen werden, als ihren eigenen Willen, wenn sie nicht durch äußere Noth gezwungen werden, auch einen fremden Willen zu respectiren. Preußen ist vielleicht im Stande, diesen Eigensinn und diese Hartnäckigkeit Oesterreichs zu brechen, das allein die Neugestaltung Deutschlands verhindert hat und zur Stunde noch verhindert. Was soll nun Oldenburg bei ausbrechendem Kriege thun? Sich neutral zu verhalten und sich dem künftigen Sieger zu unterwerfen, wäre eine Regel der politischen Klugheit, wenn anders diese Neutralität zu behaupten wäre, was schwerlich ge-

schehen kann. Ob es aber moralisch zu rechtfertigen wäre, theilnahmlos dem Kampfe zuzuschauen, in den ganz Deutschland gerissen wird, ob es moralisch zu rechtfertigen wäre, daß ein Theil Deutschlands gleichgültig bliebe, wo alle Theile Deutschlands nicht müßige Zuschauer sind, sondern sich auf die eine oder die andere Seite schlagen, stehe dahin. Wenn es einmal zum Kriege kommen soll und muß, so stehen wir keinen Augenblick an, uns auf die Seite Preußens trotz seiner gegenwärtigen Regierung zu schlagen; denn mag man von derselben denken, wie man will, es ist offenbar, daß Preußen durch seine Weltstellung das neue Deutschland, den Fortschritt, die Freiheit und die Civilisation vertheidigt, während Oesterreich die Starrheit, den Stillstand, den alten Jammer vertritt. Ob unsere Regierung sich auch so entscheiden wird in der Stunde, wo es gilt, einen definitiven Entschluß zu fassen, wissen wir nicht; wir zweifeln aber nicht daran, daß sie sich zu Preußen halten wird. Die Regierung unseres „glücklichen Nachbarlandes,“ das uns so freundlich umschließt, hat offenbar Hinneigung zu Panduren, Kroaten und Sereschanern und wird vielleicht bald seine „glücklichen“ Bewohner die werthe Bekanntschaft dieser tapferen urgermanischen „Brüder“ machen lassen, wenn diese nach Holstein den süßen Frieden bringen und die Wäsche von den Heden nehmen; sollen wir auch dem „glücklichen“ Nachbarlande folgen und den Oesterreichern unser Land öffnen, wenn sie etwa nach Brabe ziehen wollen, um die Flotte im Namen Deutschlands in Besitz zu nehmen? Braunschweig hat sich den Schutz Preußens erbeten; Preußen soll ihn gewährt haben, wie es auch nicht anders kann, wenn es ernstlich daran denkt, sich nöthigenfalls in einen Krieg mit Oesterreich einzulassen. Oldenburg wird vielleicht auch bald in die Lage kommen, den Schutz einer größeren Macht anzurufen und diese größere Macht kann nur Preußen sein — falls nicht etwa der Landtag anderer Meinung ist. Das werden wir bald sehen.

Betheiligung bei den Wahlen.

Die Jeverländischen Nachrichten liefern eine Statistik der Betheiligung des Volks in Jeverland bei den Wahlen zum nächsten Landtage. Darnach haben in der Stadt 225 Personen ihr Wahlrecht ausgeübt (25%

weniger als voriges Mal), auf dem Lande 241, macht zusammen 466. Da es nun nach ungefähre Berechnung 5000 Wahlmänner in Jeverland giebt, so hat nicht einmal der 10. Theil der wahlberechtigten Bevölkerung seine Stimme abgegeben. Wenn dies in einer Provinz geschieht, die sich so gerne die politisch am meisten fortgeschrittene nennt, was soll man denn von den übrigen Theilen des Großherzogthums erwarten, die noch tief in dem Dunkel politischer Barbarei liegen? Und in der That ist die Betheiligung an den Wahlen diesmal so schwach gewesen, wie noch nie. Mit welchem Rechte die künftigen Abgeordneten behaupten können, daß sie die Stimme des Volkes vertreten, das zum größten Theile sich gar nicht ausgesprochen hat, wäre eine kitzliche Untersuchung, die wir nicht anstellen wollen; gewiß ist, daß das allgemeine Stimmrecht dem Volke gar nicht mündet, daß es ein Recht ist, von dem es keinen Gebrauch macht, das es geringschätzt. Wenn es wieder zum Conflict zwischen den Ständen und der Regierung kommen sollte, auf wessen Seite steht dann die Mehrheit des Volkes? Ein Zehntel hat nur gewählt und dieses Zehntel wird wohl einige Abgeordnete wählen, die nicht zur ständigen Opposition gehören; aber auch angenommen, alle Wahlen fielen gegen die Regierung aus — sind darum neun Zehntel, die nicht gewählt haben, auch feindlich gegen die Regierung gesinnt? Ist nicht vielmehr anzunehmen, daß der größte Theil der Bevölkerung für die Regierung ist, eben deshalb, weil sie nicht gewählt hat? Oder kann etwa die Opposition Anspruch auf die Nichtwählenden machen? Schwerlich. Denn von den Wählern haben die Abgeordneten ihr Mandat, aber nicht von den Nichtwählern. Was ist also davon zu halten, wenn der künftige Landtag wieder davon spricht, daß die Stimme des Volkes nicht geachtet werde? Jedermann mag sich die Frage selbst beantworten.

Der bekannte Homöopath Plate in Grüneberg hat in der vorigen Woche den ersten Theil seines medizinischen Examens, der in der schriftlichen Beantwortung verschiedener Fragen besteht, beendet. Die mündliche Prüfung soll am 6. December Statt finden.

Kirchennachricht.

Beichtandlung: Sonnabend den 30. Novbr. Vorm. 11 Uhr: Herr Pastor Grönung.

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Dritter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Bekennnisse einer demokratischen Seele.

Unendliche Großsprecher, alleinige Inhaber „der“ Idee, allein Gesinnungstüchtige und Uneigennütige, Du im März mit einem Male demokratisch-erleuchtetes und bemuthigtes, bis dahin aber gut-monarchisches, mitunter auch poetisch-monarchisches und höchstens constitutionelles oder in der Tasche sein Schnippchen schlagendes „Volk,“ das nun andere ehrliche Leute nur gelegentlich des Bezahlers zum Volke rechnet; denn

Freiheit, Freiheit nur alleine
Soll mein Vergnügen sein;

erinnere Dich mal der von Dir selbst so hochgepriesenen deutschen Monatschrift, gleich vorn an, schon Januar 1850, der Kritik der Demokratie von dem vormärzlichen Demokraten Oppenheim, und lerne endlich von dem aufrichtigen Bescheidenheit, und Bertröstung auf eine ferne Zukunft.

Gegen Eure Prophezeiung vom Untergange der Union, die Ihr gleichwohl zum Ueberflus mit allen Kräften bekämpft, haben wir Euch mit Eurem Baiern und Oesterreich die Reactivirung des Bundestags statt Eures Directoriums prophezeit und also quitt gemacht. Was renommirt Ihr also tagtäglich in Euren Blättern mit Eurer erfüllten Prophezeiung, ohne an die unerfüllte, an das Directorium zu denken? Was zieht Ihr unnöthig für uns, die wir längst und bis zur Loslassung der Landwehr an Preußen verzweifeln, und noch unnöthiger für Eure Partei, stets auf Preußen los, welches Hessen und Schleswig-Holstein in Schutz nehmen solle und verschont die Angreifer, Eure Oesterreicher und Baiern? Und falls Ihr nicht wollt, daß Preußen zerstückelt und der dortige

Anfang des constitutionellen Lebens, der Keim zu Eurer zukünftigen Demokratie, zerstört werde, so gesteht, daß eben dies der österreichische und russische Plan ist, und daß Schwarzenberg auch deshalb die Rechte der katholischen Kirche vermehrt hat, um die preussische Geistlichkeit zu kirren. Gesteht das nur; Ihr seht ja doch in Hessen und an Schleswig-Holstein, wie bald Eure und der Ultramontanen Wege aus einander gehen.

Und mit diesem Eingeständniß würdet Ihr noch sehr wenig aufrichtig und bescheiden sein. Jener vormärzliche Demokrat geht so weit, daß er (S. 4) grad heraus sagt: „Wir sind nicht von der Größe und Macht und dem innern Gehalt des bestehenden Staatsorganismus geschlagen: die Demokratie ist an der Unmöglichkeit ihrer gegenwärtigen Gestaltung, die Demokratie ist an der Demokratie untergegangen.“ Also die Staaten waren schwach, schlecht organisiert, auch Preußen und Baden nicht ausgenommen, und konnten doch nicht von der Demokratie bezwungen werden. Zwar soll das Predigen der Republik (S. 9) noch den Nutzen gebracht haben, daß ohne dasselbe auch die constitutionelle Monarchie, wie vor dem März, mit einem dreimaligen Niemals zurückgewiesen sein würde. Dafür aber könnten wir, wenns auch wahr wäre, wenn nicht gerade das Predigen der Republik abgeschreckt hätte, uns doch nicht bedanken, weil das nicht in der Absicht der Demokratie lag.

Also die Demokratie war unmöglich. Warum?

„Die Opposition übernahm (S. 16) unklug genug, die überschuldete Erbschaft von den Regierungen ohne das beneficium inventarii.“

Die Revolution scheiterte, wie „die meisten Revo-